

Welfische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3666-3698, Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Beleggeld

10 Pf. [Auswert.] Nr 235

Berlin

DONNERSTAG, 18. MAI 1933

Verantwortlich für den Gesamthalt: Dr. Gerhard Thoma, Berlin, Anzeigen-Preise: M.-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: M.-Zelle 20 Pfennig, Klein-Verbindlichkeiten für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstrasse 22-26

MORGEN-AUSGABE

Realpolitik

Deutschlands Friedensbotschaft

Die große Rede des Kanzlers — Starke Auslandswirkung

In einer außenpolitisch außerordentlich schwierigen, ja bedrohlichen Lage hat der deutsche Reichstag eine niemals schwingende aber stets beherrschte, — in keinem Punkte weiche, aber stets maßvolle, eine weisende und doch kräftige, eine ebenso realpolitisch als diplomatisch vorbildliche Rede gehalten. Die Rede des Vortrags und die Rede des Inhalts lassen erkennen, daß von ihr auch ein beachtender Einfluß auf die internationale Lage ausgeht wird, und daß das selbstgewählte Maß, das sie ihre Beherrschung, Schärfe finden wird bei manchen ausländischen Staatsmännern, die die Zeit reif für Möglichkeiten zu halten scheinen. Die Stärke aber mit der letzte deutsche Großrede betont worden, legt die Grenzen unserer Politik eindeutig fest.

Verfall

Es entsprach dem Höchsten, den die internationale Auseinandersetzung über die Friedensbotschaft erreicht hat, wenn der Kanzler über diese Botschaft selber am Eingang seiner Ausführungen ein klares und begründetes Urteil fällt, an dem zu rütteln niemand imstande sein wird und das sich mit der Überzeugung der besten Geister aller Nationen deckt. Die Probleme, die in Versailles hätten gelöst werden müssen, das politische-nationale, das wirtschaftliche, und das soziale Problem, sie alle sind in Versailles nicht gelöst worden. Was damals nicht gelöst wurde, wird gelöst sein. Alle Unruhe und alle Gefahren der Weltgeschichte entspringen aus der Erbfeinde von Versailles. Das politische-nationale Problem hätte eine territoriale Neuorganisation Europas verlangt, die mit den Völkern übereinstimmte. Statt dessen hat man Europa wirtschaftlich zerstört. Die Lebensunterstützung des europäischen Lebens hätte gefordert, alles zur Entlastung der Exportmöglichkeiten zu tun. Aber statt auf diese Weise Lebensmöglichkeiten zu schaffen, hat man eine wirtschaftliche Reparationspolitik betrieben, die eine entscheidende Ursache für die Wirtschaftskrise geworden ist, unter der der Welt heute leidet. Statt das internationale Rechtssystem wiederherzustellen, hat man von Deutschland ein Schuldverhältnis erzeugt, das jedes Rechtssystem auf seine tiefste verlegt.

Sieger und Besiegte

Verfall heißt die Nationen der Welt in Sieger und Besiegte. Selbstverständliche Folge war, daß die Besiegten aus der Welt auszuscheiden. Man ihnen aufzuarbeiten, zur Gleichberechtigung streben, das heißt, die Besiegten zu Ehren juristisch zu erheben. Für die Sieger-Völker oder brachte gerade das Überleben, was sie als Beute an sich rufen, eine schwere Gefahr. Denn, und jeder zittern wir einen tiefen Satz der Kanzler-Rede, „wenn im Völkerleben jede Lebensunterstützung hinsichtlich des Nützens bei bestimmten Handlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Vernunft siegen.“ Das heißt die Völker sind nicht imstande, Maß zu halten, wenn sie wissen, daß ihre Möglichkeiten auf ausbleibenden Widerstand nicht stoßen können. Es ist die psychologische Motivierung jener Theorie, die man zeitweise und sehr ungenügend abweisen zu können glaubte, und die doch das Fundament jedes vernünftigen und vernünftigen, berechtigten internationalen Zusammenlebens allein ist und vernünftige Welt sein wird, der Theorie des Gleichgewichts. Welt ist nicht mehr das Gleichgewicht, sondern die Schwächen und Mängel, die niemals beseitigt werden können. Und Verträge, die in diesem von Grund aus gestörten internationalen Kraftverhältnis abgeschlossen werden, verlieren jeden inneren Sinn, den ihnen nur eine „wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung“, das heißt, eine Gleichberechtigung aus gleichen Machtverhältnissen, geben kann.

Krieg und Frieden

Das Erkenntnis des Kanzlers zum Frieden ist nicht neu. Aber seine früheren Erkenntnisse sind man unabweisend überlebend verurteilt. Das neue Erkenntnis wird in ganz besonderer Weise motiviert und in den Folgen der nationalsozialistischen Aufhebungen von Staat und Volk geordnet. Der Krieg ist, rein praktisch gesehen, unfähig, an die Stelle des Schlichtens von heute das Bessere von morgen zu setzen. Jeder politisch noch wirtschaftlich kann eine neue Gewalttätigkeit für den Sieger ein Ergebnis bringen. Es kann nur das europäische Gleichgewicht noch tiefer erschüttert und noch mehr Kerne des Unfriedens und des Schicksals, als durch die schon bestehende Gleichgewichtsstörung bereits aufgegeben sind. Ein kommunistisches Chaos würde drohen. Wenn die nationalsozialistischen Doktrinen den kommunistischen Unfrieden verbinden, die wirtschaftliche Not beheben, und eine autoritäre Staats-

Die geistige Reichstagsführung wurde zu einer liberalen einflussreichen Umgebung des deutschen politischen Willens. Geordnet mit dem ausgezeichneten Sinn für Disziplin, den die Nationalsozialisten besitzen, empfängt sie ihre volle Bedeutung durch das, was mit seiner Anweisung erreicht werden kann: durch die Einmütigkeit, mit der sich alle Parteien des Hauses, und damit die Vertretung der gesamten deutschen Nation, hinter die Politik der Reichsregierung in den lebenswichtigen Fragen der deutschen Außenpolitik stellte. Als sich für die von den Nationalsozialisten, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eingebrachte Entschlossenheit alle Abgeordneten des Hauses ohne Ausnahme erhoben, tauchte der Beifall der überfüllten Tribünen auf, der schon vorher auf die Rede des Kanzlers unterbrochen und unterbrochen hatte. Es war keine Zustimmung, sondern eine Demonstration. Und diese Demonstration hat in dem Ausland, das Deutschland vorurteilsfrei gegenübersteht, günstige Wirkung ausgeübt.

Die Rede des Kanzlers fundierte die Entschlossenheit über die deutsche Außenpolitik mit einem festen, halten an Deutschlands unveräußerlichen Rechtsansprüchen vereinigt, durch eine breite Darstellung der Ursachen unserer gegenwärtigen Not, die alle letzten Endes auf die gleiche Tatsache zurückgehen: Versailles! Er ließ die Rede, wie es bei Rundgebungen von solcher Bedeutung selbstverständlich ist, zum Abschluss ab; aber man merkt an der Art, wie er vom Manifest weg sich immer wieder an die Höher unmittelbar wendet, wie er durch seinen die Lebendigkeit des verurteilten Wortes zu erhöhen sucht, daß es ihm als geborenen Redner natürlich wäre, die Worte frei zu wählen.

Der Beifall, der sich an besonders einflussreiche Formulierungen festsetzt, und vor allem hat ist bei der Antikindigung, daß eine dauernde Diffamierung des Deutschland un-

möglich machen würde, im Völkerbund zu bleiben, ergreift die ganze Aufmerksamkeit der Parteien; die Tribünen, auf denen das Braut der Welt eben noch vornehmlich in der Partei, fundierten aus lebhaftester. Etwa um fünf alle die sozialdemokratische Fraktion, deren einige aktive Rolle die Zustimmung zur Reichstagsentscheidung ist.

Als der Kanzler beendet hatte, ließ sich die Spannung in lang anhaltenden Affirmationen, deren Stärke noch übertraffen wird von den Ovationen, die sich an die einmütige Annahme der Resolution anschließen. Unter das Häufeln und Beifallen mischen sich die ersten Takte des Deutschlandliedes, in das das ganze Haus einstimmt.

Der volle Wortlaut der deutschen Kanzler-Rede findet sich in der 1. Beilage, die Lokal-Anzeiger infolge dessen auf der 4. Seite des Hauptblatts.

führung sichern wollen, so ist für all dies der Krieg das untauglichste Mittel. Den Krieg aber verbietet auch die Ideologie des Nationalsozialismus. Die junge Generation hat zu sehr unter der Not des eigenen Volkes gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, die gleiche Not in andere Völker hineinzutragen. Die Idee zum eigenen Volkstum verpflichtet, wie Hitler sagt, grundsätzlich und allgemein. Diese grundsätzliche Verpflichtung besteht, fremdes Volkstum genau so zu respektieren, wie man das eigene Volkstum respektiert haben will. Aber das Recht des eigenen Volkes besteht, heißt deshalb gleichzeitig das Recht aller Völker, mögen sie unsere östlichen oder westlichen Nachbarn, Polen oder Franzosen, sein. Der Begriff „Germanisieren“ erhebt im Legitim des Nationalsozialismus ebenso wenig wie der Begriff „Entgermanisieren“.

Revision

Logisch schließen sich hieran die Ausführungen über die Revision der Verträge. Der Versailles Vertrag hat nicht Bindungen gestellt, er hat Bindungen geschaffen. „Eine überlegene Behandlung hätte im Osten damals ohne weiteres eine Lösung finden können, die den vernünftigen Ansprüchen Volkes genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegenkommen wäre.“ Aber obgleich der Vertrag von Versailles diese Lösung nicht gefunden hat, wird dennoch „eine deutsche Regierung von sich den Bruch einer Vereinbarung durchzuführen, die nicht befestigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.“ Der Vertragsschluss der Verträge wird somit anerkannt. Aber die Anerkennung der Vertragsrechte kann keine einseitige sein. Das Recht bindet beide Parteien, es gibt ein Recht des Siegers, aber es gibt auch das Recht des Besiegten. Ihm hat man das Recht auf Revision ausdrücklich zuerkannt. Motiv und Maß für die Revision ergibt sich aus den Erfahrungen der letzten vierzehn Jahre. Der unvorhergesehenen diese Erfahrungen prüft, der kommt zu einem eindeutigen Resultat. Damit ist der prinzipielle Anspruch der Vertragsrevision ebenso aufrechtzuerhalten wie er von jeder früheren deutschen Regierung aufrechtzuerhalten worden ist, aber mit stärkerer Betonung des Umstandes, daß alles fremde Volkstum unbeschadet dieser Ansprüche in seinem Eigenrecht und in seinem Eigenleben anerkannt und dem deutschen Volkstum und dem deutschen Eigenleben gleich gewertet wird.

Abrüstung

Aus den Deutschland zulebenden Rechten und aus der politischen Notwendigkeit, den Unterschied zwischen Sieger

und Besiegten aufzuheben, ergibt sich die Forderung nach Abrüstung. Abrüstung fordert der Versailles Vertrag und Gleichberechtigung ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß es weder Sieger noch Besiegte geben soll. Gleichberechtigung schaffen heißt die Folgerung ziehen aus der Tatsache, daß die Disqualifizierung eines großen Volkes sich nicht endlos aufrechterhalten läßt. Das nationale deutsche Leben läßt sich ebenso wenig auslöschen wie das nationale Leben aller Deutschland umgebenden Völker. Es sind ewige Größen und ewige Kräfte. Der internationalen Sinn kann und muß hier mit vielen Generationen rechnen. Was am Augenblicke der Forderung einer vorübergehenden Unterdrückung sich bezieht, der kauft sich am Ende. Deutschland hat seine Vertragsverpflichtungen erfüllt. Es ist abgerüstet. Sein kleines Verursacher verfügt selbst über die notwendigen Verteidigungsmittel nicht mehr. Der Kanzler ruft jene Zahlen und Tatsachen ins Gedächtnis, in denen das Ende der alten Ära zum Ausdruck kommt. Was hat sie oft angeführt, sie sind allen geläufig und erschließen sich doch immer aufs neue. Es sind Zahlen, die den ungünstigen Ausgang des Krieges aus bitterer Charakteristik, die das Ende einer Epoche preisgibt-deutscher Geschichte mit einer furchtbaren Plötzlichkeit, einer Epoche, die ihre eigene Größe gehabt hat, die den Aufbruch von 1914 sah und die zum Umbruch hinführte, den wir heute erleben.

Aufrüstung?

In mehr oder weniger versteckter oder offener Form, in Genf und in den europäischen Hauptstädten, ist gegen Deutschland der Vorwurf erhoben worden, Deutschland habe sich nicht an den Versailles Vertrag, Deutschland rufe auf. Sie ist die Antwort des Kanzlers: „Wenn heute verlangt wird, diesen Tatsachen (der deutschen Abrüstung) gegenüber mit armenigen Ausreden und Ausflüchten den Anschein zu erwecken, als wenn Deutschland diesen Vertrag irgendwie nicht erfüllt oder etwa aufgespart hätte, dann muß ich hier von dieser Stelle aus einen solchen Versuch als unwirksam und unzulässig zurückweisen.“ Folgerung: Es ist namens des deutschen Volkes und der deutschen Regierung zu erklären, Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle in dem Friedensvertrag aufgeführten Verpflichtungen mit über die Grenzen jeder Willigkeit, jeder Vernunft hinaus erfüllt.“ Eingehend beschäftigt sich dann der Kanzler mit der Behauptung, die Genf und Genf stände in irgendeiner Beziehung zur Reichswehr, es handele sich in Wirklichkeit um Streben der Stämme. Solche Behauptung wird mit unvorantworlicher Leichtfertigkeit erhoben. Wenn jetzt in Genf versucht werde, die Organisation der Weltmacht hinzuzureufen, dann gebe es keinen